

Die Stunde des Parlaments

Nicht jeder Spitzenkandidat, der als Sieger aus einer Wahl hervorgegangen ist, bekommt letztlich den Posten, um den er sich beworben hat. Achtung! Hinkender Vergleich: In Bremen hat der CDU-Spitzenkandidat die Bürgerschaftswahl gewonnen und wird Oppositionsführer, weil sich drei andere zusammengeslossen haben und lieber selbst regieren möchten.

Die Europäische Volkspartei (EVP) hat die Wahl zum Europäischen Parlament gewonnen, ihr Spitzenkandidat soll aber mit dem ehrenwerten Posten des Parlamentspräsidenten abgefunden werden, aber nur für die Hälfte der Legislaturperiode, danach soll ein anderer zum Zuge kommen. Den Posten, für den **Manfred Weber** angetreten ist, bekommt er nicht. Ungeeignet sei er. Man traue ihm vor allem nicht zu, sich in der Art und Weise gegen **Donald Trump** durchsetzen zu können, wie der Noch-Kommissionspräsident **Jan Claude Junckers**. Wenn das die Einstellungs Voraussetzungen für den Posten eines EU-Chefs sind, ist natürlich eine Frau genau die richtige. Wie Trumps Verhältnis zu Frauen ist, weiß man, er nimmt sie nicht besonders ernst und im Falle **Angela Merkel** verachtet er sie sogar.

Der Umgang mit den USA kann ja nicht der einzige Punkt im Anforderungsprofil des EU-Spitzenpolitikers sein. Ob **Ursula von der Leyen** für den Posten geeignet ist, weiß ich nicht. Allein in Brüssel geboren zu sein, Französisch und Englisch perfekt sprechen zu können, dürfte nicht ausreichen. Der Zweitplatzierte bei der Parlamentswahl, der Niederländer **Frans Timmermans**, spricht sieben Sprachen fließend. Seine Fraktion nennt sich übrigens „Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament“ (S&D). Dazu gehört auch die SPD. Timmermans darf vielleicht Vize-Kommissionschef werden. Richtig wäre gewesen, dass **Manfred Weber** Kommissionspräsident wird und **Frans Timmermans** Parlamentspräsident, so wie es 2014 mit den beiden Spitzenkandidaten von EVP, Jan Claude Junckers, und S&D **Martin Schulz** gelang.

Sollte Frau von der Leyen Kommissionspräsidentin werden, ist sie dennoch nur ein Kompromiss der viel zu häufig zerstrittenen Staats- und Regierungschef der EU. Deutschland und Frankreich beherrschen die EU. Auf Macrons und Merkels Daumen kommt es an, nach oben oder nach unten. Es geht nur um ihre Interessen. Diese werden aber eigentlich vom EU-Ratspräsidenten vertreten. Ja, es ist ein bisschen

schwierig, die Konstruktion zu begreifen. Den Rat bilden die Regierungschef, und sie bestimmen einen eigenen Präsidenten, bisher hat diesen Posten ganz hervorragend der Pole **Donald Tusk** ausgefüllt. Nun soll der belgische Ministerpräsident **Charles Michel** Ratspräsident werden. Der Kommissionspräsident hingegen muss vom Parlament gewählt werden. Dass die Regierungschefs ein Vorschlagsrecht haben, ist unbestritten, aber auch die Fraktionen selbst könnten sich ja mit Vorschlägen an der Debatte beteiligen.

Einen Konsens im EU-Rat zu finden, ist schwer. Viel leichter wird es nicht im Parlament sein. Jetzt schlägt die Stunde dieses Parlaments, ob es sich weiterhin die Bevormundung der Regierungschefs gefallen lässt oder sich selbstbewusst zur Wehr setzt. Der Widerstand formiert sich bereits. **Angela Merkel** durfte für ihre Freundin **Ursula von der Leyen** im Rat nicht abstimmen, denn der heimische Koalitionspartner SPD war zu Recht dagegen.

So attraktiv der Gedanke ist, von der Leyen als Verteidigungsministerin loszuwerden, bevor gar kein Kriegsgerät mehr einsatzfähig ist, so sehr sträubt sich der Magen, ob dieser Vorgabe. Ja, es wäre endlich an der Zeit, dass eine Frau EU-Chefin wird. Da hätten aber beispielsweise die EVP und die Sozialdemokraten eine Frau zur Spitzenkandidatin machen können. Das haben sie versäumt und jetzt sieht das Bild, das Europa in Europa und der Welt zeichnet, aus wie ein abstraktes Spätwerk von Picasso.

Es kann sein, dass Frau von der Leyen eine gute Präsidentin wäre. Es geht aber in dieser Frage ums Prinzip. Vor fünf Jahren wurde **Jan Claude Junckers** EU-Chef, nachdem er vorher EVP-Spitzenkandidat war und sein Bündnis die Wahl gewann. Der Zweitplatzierte, der Sozialdemokrat **Martin Schulz**, wurde beziehungsweise blieb Parlamentspräsident.

Natürlich habe ich keine Ahnung, wie das Problem gelöst werden kann. Eines ist aber jetzt schon sicher: für die Europa-Gegner sind die Sommerfestspiele in Brüssel und Straßburg Wind auf ihre rechten Mühlblätter.

Nein, es geht mal wieder nicht um irgendwelche Inhalte, sondern nur um Personen und um die Machtspiele der Regierungschefs. Man wird langsam müde, sich diese Auseinandersetzung anzutun und schaltet vermehrt das Radio oder den Fernsehen erst dann ein, wenn die Nachrichten vorbei sind.

Ed Koch